Heute „Sport-Spiegel"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 2000 M.

Erscheint wöchentl. zweimal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Weltspiegel", Dienstags „Sportspiegel", Mittwochs „Technische Rundschau", Donnerstags „Modenspiegel", Freitags Mitbblatt „ULK", Sonnabends „Haus Hof Garten". Bezugspreis: Für den Monat Juli M. 38 000.— einschl. Zustellg. b. die Botenfrau, Abol. ausschl. Postaufschl. bezw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug d. die Kampfzeg., Berlin SW. 19, u. b. die Postanstalten in Deutsch-Oesterr., Tschechoslowak., Ungarn, der Schweiz, Luxemburg, Belgien, Frankreich, d. Niederl., Dänemark, Schwed., Norweg., Finnland, Lettland, Estland; für alle übrig. Staaten ist d. Bezug nur mit Kreuzb. d. die Exped. d. Bl. mögl. Abonnementspreiserhöhungen währ. d. Bezugszeit vorbehalt. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks hab. unt. Bezieh. kein. Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. den Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 5440—5455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegr.-Adr.: „Berlibla", Berlin. — Rudolf Mosse-Code. Tagespreis für Anzeigen: 12gespalt. Zeile M. 25 000.—, für Familien-Anzeigen M. 12 000.—, Nachrufe nach üblich. Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben od. an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: [illegible] SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 53; Zimmerstr. 50; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenick, Str. 67/68; Rathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochstr. 9. Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Blücherstr. 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Lauenzienstr. 2; Kantstr. 54; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 29; Friedenau: Rheinstr. 19; Dahlem: Berlinerstr. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 120; Wilmersdorf: Uhlandstr. 68; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 23; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 335

Donnerstag, 19. Juli 1923

52. Jahrgang

Gegen die verbrecherische Torheit innenpolitischer Kämpfe.

Rücksichtslose Einsetzung aller Machtmittel gegen etwaige Putschversuche. — Volles Einverständnis zwischen dem Reich und Preußen.

Eine Erklärung der Reichsregierung.

Berlin, 18. Juli. (W. T. B.)

In der letzten Zeit sind in der Presse verschiedene Artikel erschienen, die mit einer gewissen Kaltblütigkeit Möglichkeiten eines Bürgerkrieges erörtern. Nach Auffassung der Reichsregierung haben solche Presseäußerungen in den Tatsachen keine Grundlage. Denn die überwältigende Mehrheit unseres Volkes lehnt es offenkundig ab, sich von irgendeiner Seite in die verbrecherische Torheit blutiger innerpolitischer Kämpfe hineinhetzen zu lassen; sie weiß, daß die Schwierigkeiten, mit denen unser Volk unter äußerem Druck zu kämpfen hat, es jetzt weniger als je gestatten, Kräfte in inneren Auseinandersetzungen zu verzetteln. Die breitesten Kreise der Oeffentlichkeit ohne Unterschied der politischen Parteistellung sind sich darüber klar, daß, wer die jetzige Not des Vaterlandes benutzen wollte, um eigensüchtige Parteizwecke durchzusetzen oder die gesetzliche Ordnung durch Mittel der Gewalt zu zerreißen, allein die Zwecke fremder Mächte fördern und ein Verräter am deutschen Volke sein würde. Sollte es dennoch von irgendwelcher Seite gegen den offenkundigen Willen der Volksmehrheit zu einem Versuch gewaltsamer Auseinandersetzung kommen, so würde die Reichsregierung alle Machtmittel rücksichtslos einsetzen, um einen solchen Anschlag gegen Bestand und Verfassung des Reiches niederzuwerfen; die notwendigen Machtmittel stehen der Reichsregierung zur Verfügung. Da in der Beurteilung dieser Dinge zwischen ihr und der preußischen Regierung volles Einverständnis besteht, wie gegenüber einem durch die Presse gehenden Schreiben des Reichstagsabgeordneten Wulle an den Reichskanzler hervorgehoben werden mag. Insbesondere wird von der Reichsregierung auf das nachdrücklichste zurückgewiesen, wenn in diesem Schreiben gegen einen preußischen Minister der Anwurf gerichtet wird, mit seinem Wissen werde der Bürgerkrieg organisiert. Daß die Reichsregierung auch bemüht ist, mit den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse ein Einvernehmen zu pflegen, ist bekannt. Sie wird es auch in dieser Beziehung nicht an pflichtmäßiger ernster Aufmerksamkeit fehlen lassen.

Das Spiel mit dem Bürgerkrieg.

Von

Dr. Ernst Feder.

Die innenpolitische Situation Deutschlands beherrscht ein wenig erfreulicher Gegensatz. Gegen den Eindringling im Westen, der durch immer neue Schikanen, neue Sperren, neue Todesurteile einer geeinigten Bevölkerung seinen Willen aufzuzwingen trachtet, steht ungebrochen die Einheitsfront der größten Koalition, die von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten reicht. Im unbesetzten Gebiet aber geht der Parteihader fort, und in der Presse der äußersten Rechten und der äußersten Linken wird im gegenwärtigen Moment wie ein beliebtes Gesellschaftsspiel immer wieder die Frage behandelt: wie denken Sie über den Bürgerkrieg? Die Kommunisten rüsten, weil die Rechtsradikalen unmittelbar vor dem Losschlagen stehen, und die Rechtsradikalen treffen Vorbereitungen, weil die Kommunisten loszugehen bereit sind. Die kommunistische Partei bestimmt trotz der fabelhaften Temperatur dieses Juli den übernächsten Sonntag, den 29. Juli, zum Antifascistentag, und die Deutschvölkischen, ihrer alten Taktik treu, das Kabinett Cuno gegen die preußische Regierung auszuspielen, fragen bei dem Reichskanzler an, was er zu tun gedenkt, um dem Bürgerkrieg vorzubeugen, der in Preußen, in Sachsen und in Thüringen mit Wissen des Ministers Severing vorbereitet wird. Wo die Regierung unter kommunistischem Einfluß steht, wie in Sachsen, fallen solche Worte auch aus dem Munde von Regierungsmitgliedern. Bekannt sind die Reden, die der Ministerpräsident Zeigner in Plauitz und der Arbeitsminister Graupe in Kamenz gehalten haben und in denen der Bürgerkrieg als unvermeidlich hingestellt wird.

Es kann nicht geleugnet werden, daß innenpolitisch jetzt die größte Aktivität auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken waltet, und so war es ein verdienter Erfolg, der diesen beiden Gruppen bei der letzten Wahl in dem Ländchen Mecklenburg-Strelitz zugefallen ist, ein Erfolg, der den anderen Parteien hoffentlich zu denken gibt. Neu ist an der gegenwärtigen Situation der Versuch, die beiden Extreme unter der gemeinsamen Parole des Nationalbolschewismus zu sammeln. Nach der Revolution nur von vereinzelten Außenseitern wie Laufenberg und Wolffheim in ihrer „Hamburger Volkswarte" vertreten, während der Kapptage sich nur ganz schüchtern hervorwagend, wird diese perverse Kreuzung von der kommunistischen Zentrale Moskaus im gegenwärtigen Moment offenbar für zeitgemäß erachtet. Als die Haltung der deutschen Kommunisten gegenüber den Franzosen unsicher wurde, griff die Sowjetzentrale ein und richtete als unverrückbares kommunistisches Kampfziel die Abwerfung des französischen Joches auf. Wie damit außenpolitisch, so gab innenpolitisch Radek das „nationale" Stichwort aus in seiner mit der Kunst eines Antonius abgefaßten Leichenrede auf Schlageter, „den tapferen Soldaten der Gegenrevolution". Seitdem ist das schon so grausam mißhandelte Wort „national" auch der kommunistischen Terminologie einverleibt, und die „Rote Fahne" formuliert die entscheidende Frage dahin, „wie die Nation das imperialistische Joch Poincarés abwerfen und den inneren Zerfall Deutschlands abwehren kann". Die „ehrlich nationalen Kreise" sollen wählen zwischen der Rettung Deutschlands im Bunde mit der Räterepublik und der Preisgabe der deutschen Nation. Das unehrliche Spiel findet seinen Partner, weil jeder hofft, daß am Ende der andere der Betrogene sein wird. Einer nimmt den Jargon des anderen an. Wie die Rechtsradikalen Rache nehmen wollen für die Novemberrevolution, die vorgestern noch der bayerische Innenminister für die durch den Fuchs-Prozeß offenbarten Skandale verantwortlich machte, so wendet sich eine der letzten kommunistischen Kundgebungen an alle die, „die unter der Not und Schmach der Novemberdemokratie leiden und von den Lasten des Versailler Friedens gedrückt werden". Diese Annäherungsversuche beschränken sich nicht auf den Flirt in der Presse. Sie gehen in die Versammlungspraxis über, wo schon manchmal, wie kürzlich in Jena, eine Verbrüderung der Deutschvölkischen mit den Kommunisten stattgefunden hat, deren Führerpersönlichkeit dann in der rechtsradikalen Presse gerühmt wird.

Diese Zuspitzung der Situation und einige Vorgänge der letzten Zeit, darunter auch die Befreiung des Geheimbündlers Ehrhardt, die lebhafte Beunruhigung hervorgerufen hat, gaben dem sozialdemokratischen Zentralorgan Veranlassung, die Frage des Bürgerkriegs vom militärischen wie vom politischen Gesichtspunkt mit aller Ausführlichkeit zu behandeln. Der sächsische Polizeioberst Schützinger erörterte die militärtechnischen und die militärgeographischen Fragen. Er sprach vom Zentrum der antirepublikanischen Gegenbewegung in Bayern, von den nationalsozialistischen „Garnisonen", der thüringisch-sächsischen Barriere, die sich zwischen das putschistische Süddeutschland und den industriellen Norden schiebt, von der Bedeutung der Hitlerschen Felddienstübungen und der Ungeeignetheit proletarischer Hundertschaften für den Krieg im Felde, endlich von der Notwendigkeit, daß die Schutzpolizei im Falle der Gefahr durch eine Hilfs-

Heute Absendung des englischen Antwortvorschlags.

Der französische Wunsch nach Geheimhaltung.

Vier Punkte der Antwort: Sachverständigenkommission, Garantien, Finanzkontrolle, passiver Widerstand.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London**, 18. Juli.

Entgegen allen Erwartungen ist die englische Note heute noch nicht fertiggestellt worden. Der für heute angesetzte Kabinettsrat wurde deshalb abgesagt. Der Kabinettsrat wird morgen zusammentreten. Da der Inhalt der Note den Kabinettsmitgliedern schon vorher bekannt gemacht wird, hofft man, daß dann kein neuer Kabinettsrat mehr notwendig werden wird, und daß die Note morgen abend den alliierten Regierungen übermittelt werden kann. Jedenfalls soll die Note einschließlich des Begleitbriefes spätestens am Freitag im Besitz der verschiedenen Regierungen sein. Lord Curzon, dem die Abfassung der Note obliegt, und der hierbei von politischen, juristischen und finanziellen Sachverständigen beraten wird, hat heute eine lange Besprechung mit Baldwin gehabt. Infolge der englisch-französischen Verhandlungen wird Lord Curzon nicht zur Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Lausanne fahren. Vielmehr wird die Unterschrift vom ersten englischen Bevollmächtigten, Sir Horace Rumbold, geleistet werden. „Evening News" glauben bemerken zu müssen, daß die Abfassung der Note und des Begleitschreibens eine außerordentlich schwierige und delikate Aufgabe gewesen sei. Nach der gleichen Quelle wird die englische Regierung diesmal nicht mit Stillschweigen über die Frage des passiven Widerstandes hinweggehen. Der „Evening Standard" fügt hinzu, daß der Entwurf der Antwort auch die Fragen der Sachverständigenkommission, der Garantien und der Finanzkontrolle behandeln werde. Das Blatt meldet ferner, daß der Graf St. Aulaire Lord Curzon um strenge Geheimhaltung der gegenwärtigen Verhandlungen gebeten habe. Lord Curzon habe diesem Wunsche zugestimmt, aber in diesem Falle müsse, bemerkt der „Evening Standard", das Stillschweigen auch beiderseitig sein. Es dürfe dann keine Senlis-Reden mehr geben, denn sonst werde die britische Regierung mit der gleichen Offenheit über ihre Politik sprechen können. England habe durch die Publizität nichts zu verlieren, aber international alles zu gewinnen, dagegen könne der französische Standpunkt durch Veröffentlichungen vielleicht in Frankreich selbst, keineswegs aber auswärts gestärkt werden. Für sehr wichtig hält der „Evening Standard" den Sturz des belgischen Franc, der jetzt 17 bis 18 Punkte unter dem französischen stehe. Der Grund für diesen Unterschied sei wahrscheinlich der, daß, während das französische Schatzamt und die Banque de France den französischen Franc stützen könne, Belgien hierzu nicht genügend Geldmittel besitze. Das Blatt spricht von der Möglichkeit, daß es nächsten Mittwoch oder Donnerstag zu einer Parlamentsdebatte über die neue englische Politik kommen könne. Nach dem „Manchester Guardian" käme für die Sachverständigenkommission u. a. auch der schwedische Professor Cassel in Betracht.

Lord Curzon empfing heute nachmittag im Foreign Office den deutschen Botschafter Sthamer.

Die Pariser Verzögerungstaktik.

Die unentschiedene Haltung Belgiens.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 18. Juli.

Es wird in Paris offiziös erklärt, daß nicht bloß der englische Reparationsvorschlag, sondern der Gesamtentwurf der Antwort an Deutschland erst dann veröffentlicht werden soll, wenn die Verbündeten über den Wortlaut einig sind. Da diese Einigkeit hauptsächlich von dem Ministerpräsidenten Poincaré abhängt, dessen Politik nach dem Ausdruck einer der für die Regierung eintretenden Zeitung darauf ausgeht, Deutschland „in der eigenen Sauce schmoren zu lassen", kann die Beratung ziemlich lange dauern. Es hat keinen Sinn, alle die Kombinationen französischer Zeitungen zu wiederholen, die in allen möglichen Variationen immer das gleiche sagen. Die einzige Frage von Wichtigkeit ist, ob England diese Verzögerungstaktik unterstützen will oder ob es entschlossen ist, die in der Erklärung Baldwins angekündigte Politik resolut weiterzuführen. Gelingt es der englischen Diplomatie, Belgien für die geschäftsmäßige Auffassung Baldwins und Mac Kennas zu gewinnen, dann könnte es auch gelingen, Poincaré einige Zugeständnisse abzunötigen. Aber es ist vorläufig keine Aussicht vorhanden, daß Belgien eine offene Erklärung gegen die Politik der französischen Regierung wagt, obgleich sehr wichtige belgische Persönlichkeiten in Paris zugeben, daß der Starrsinn Poincarés den belgischen Interessen großen Schaden zufüge. Die Meinungsverschiedenheiten über die Ruhrpolitik oder genauer gesagt über die „Veränderung der Besetzungsmethode nach dem Aufgeben des passiven Widerstandes" sind zwischen Paris und Brüssel nicht viel geringer als zwischen Paris und London. Wieder einmal wird in einem Abendblatt angekündigt, daß unmittelbar nach dem Eintreffen des englischen Entwurfs in Brüssel die Minister Theunis und Jaspar nach Paris reisen wollen, um sich mit Poincaré auszusprechen.

Die Haltung der französischen Regierung ist unverändert. Jede anders lautende Information ist mit Vorsicht aufzunehmen, da selbst französischen Politikern von Ansehen auf ihre Anfragen am Quai d'Orsay nur den immer gleichlautenden Bescheid erhalten, daß Frankreichs Standpunkt bekannt sei, daß aber die englischen Vorschläge genau geprüft werden sollen. Aehnlich lautete die Formulierung bei jeder früheren Verhandlung mit England. Es wäre naiv, anzunehmen, daß Poincaré seine Ansichten und seine Methoden plötzlich geändert haben sollte. Ob in dem zähen diplomatischen Ringen England oder Frankreich Sieger bleiben wird, läßt sich in dieser Stunde noch nicht voraussagen. Das Kriterium für den Sieg wird die endgültige Formulierung der Stellen über den passiven Widerstand sein, obwohl der „Temps" heute die merkwürdige Ansicht ausspricht, daß eine Diskussion über den passiven Widerstand vermieden werden müsse, weil diese die Aufmerksamkeit von den für die Verständigung Englands und Frankreichs wichtigen Problemen ablenke. Für Deutschland gibt es kein wichtigeres Problem und auch England scheint der Meinung zu sein, daß gerade diese Frage, von deren Lösung alles andere abhängt, die größte Aufmerksamkeit verdiene.